

Im Spannungsfeld der Mächtigen : Grenzland am Hochrhein

Autor(en): **Hüsser, Linus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Vom Jura zum Schwarzwald : Blätter für Heimatkunde und Heimatschutz**

Band (Jahr): - **(2002)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-914053>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Fricktaler im jungen Kanton Aargau

Das erste Parlament des Kantons Aargau wählte mit dem Rheinfelder Karl Fetzer und dem Laufenburger Joseph Fridrich auch zwei Fricktaler in die neunköpfige Regierung, den Kleinen Rat. Fetzer unterstand das Polizeiwesen, Fridrich die Justiz. Um das Fricktal der Hauptstadt Aarau näher zu bringen, baute der Aargau zwischen 1804 und 1810 die Staffeleggstrasse, das materiell aufwändigste Projekt des Kantons in jenen Jahren.

Noch behielten die alten Gesetze in den verschiedenen Kantonsteilen ihre Gültigkeit, sofern sie nicht gegen die Mediationsverfassung verstiesen. Nur allmählich kam es zu einer Vereinheitlichung des Rechts, wobei die kantonalen Gesetzeswerke in manchen Bereichen durch die österreichischen Gesetze des Fricktals beeinflusst wurden. So prägten die josephinischen Verordnungen das Staatskirchenrecht, und auch die österreichischen Wald- und Schulgesetze flossen in die aargauische Gesetzgebung ein. Als sich der Kanton 1804 an die Schaffung eines Kriminalstrafgesetzes machte, nahm man das österreichische Strafgesetz von 1803 zum Vorbild, weil man *dem individuellen Zustand unseres Kantons am ehesten gerecht zu werden hoffte, wenn man sich an die Gesetzgebung eines Staates halte, der aus vielen verschiedenen Völkerstämmen bestand*, wie die Regierung erklärte. Mit Rücksicht auf das Fricktal nahm die Regierung 1822 das Österreichische Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch von 1811 als Grundlage für ein entsprechendes aargauisches Gesetzeswerk.¹ 1805 dehnte der Aargau

die unter Kaiserin Maria Theresia im Fricktal eingeführte Brandassekuranz auf das ganze Kantonsgebiet aus.

Als Satellitenstaat Frankreichs musste die Schweiz Napoleon (1769–1821) Truppen stellen. Als nach dem verlustreichen Russlandfeldzug und der Völkerschlacht von Leipzig 1813 Frankreich neue Soldaten benötigte, wurde auch im Fricktal die Rekrutierung intensiviert, was in den Dörfern oft zu heftigen Protesten führte. Und als sich die Gansinger im November 1813 gegen die Aushebung von Soldaten wehrten, belegte die Aargauer Regierung den Ort mit Militär und verhängte über ihn das Kriegsrecht.²

Im Winter 1813/14 wurden das Fricktal und das benachbarte badische Gebiet wieder einmal von einem Kriegsheer belastet. Diesmal waren es Truppen des österreichischen Fürsten von Schwarzenberg, die nach der Schlacht von Leipzig auf ihrem Weg nach Frankreich hier durchzogen. Erneut musste die Bevölkerung Einquartierungen und Requisitionen über sich ergehen lassen. Noch schlimmer waren aber die von den Soldaten eingeschleppten Seuchen wie das Nervenfieber. In Rheinfelden und Laufenburg richteten die Alliierten Militärspitäler ein. Im Bezirk Rheinfelden erkrankte damals rund ein Achtel der Bevölkerung, und allein am 10. März 1814 starben 258 Personen.³

1830 forderten im Aargau die Liberalen eine Revision der bestehenden Kantonsverfassung. Sie erhielten dabei breite Unterstützung aus dem Volk, das so seinen Unmut über die Regierung und das Parlament sowie über missliebige Gesetze und Abgaben äusserte. Vor allem die ländliche Bevölkerung fühlte sich von den Politikern nicht mehr vertreten. In manchen

Gebieten des Aargaus brachen Unruhen aus. Auch im Fricktal kam es zu Protesten gegen Aarau und zur Errichtung von Freiheitsbäumen, wobei derjenige in Frick eine Tafel trug mit der Aufschrift: *Liberté, mer zable nüt meh!*

Parlament und Regierung gaben dem Druck des Volkes nach und beschlossen die Wahl eines Verfassungsrates durch das Stimmvolk. Als aber das Parlament darauf bestand, die Revisionsvorschläge des künftigen Verfassungsrates abändern zu dürfen, kam es im Freiämter zum Aufstand. Unter der Führung von Grossrat Johann Heinrich Fischer von Merenschwand marschierten am 6. Dezember 1830 mehrere tausend bewaffnete Landstürmer auf Aarau zu. Zum Schutze der Hauptstadt bot die Regierung Truppen auf. Die Fricktaler Soldaten zeigten sich allerdings wenig pflichtbewusst; viele rückten gar nicht ein oder verabschiedeten sich vom Dienst, noch bevor sie Aarau erreichten. Die Regierung zeigte sich später über die mangelnde Loyalität der Fricktaler, dieser *verschweizerten Österreicher*, sehr enttäuscht.

Nachdem sich die wenigen regierungstreuen Truppen bei Lenzburg zurückgezogen hatten, marschierten die Freiämter am Abend des 6. Dezember in Aarau ein. Drei Tage später zogen mehrere hundert bewaffnete Fricktaler nach Brugg, um sich General Fischer anzuschliessen. Am 11. Dezember schickte dieser in Lenzburg seine Truppen nach Hause.⁴ Die Aargauer konnten schon wenige Tage nach dem Aufstand einen Verfassungsrat wählen, der ein Grundgesetz ausarbeitete, das im Gegensatz zum bisherigen die Volkssouveränität festschrieb und die Volksrechte erweiterte.

Die Badische Revolution und ihre Auswirkungen auf das Hochrheingebiet

Ende 1805 verzichtete Österreich im Frieden von Pressburg auf seine südwestdeutschen Territorien. Obwohl Württemberg Ansprüche auf die rechtsrheinischen Waldstädte und die Herrschaft Hauenstein erhob und seinen Forderungen mit einer militärischen Besetzung dieser Gebiete Nachdruck verlieh, kamen diese Territorien 1806 zu Baden, dessen Regent Kurfürst Karl Friedrich (1728–1811) im selben Jahr Grossherzog von Napoleons Gnaden wurde.⁵ Im gleichen Jahr schlossen sich 16 süd- und westdeutsche Staaten, darunter auch Baden, zum Rheinbund zusammen und erklärten am 1. August ihren Austritt aus dem Deutschen Reich. Der Rheinbund war wie die Schweiz ein Satellit Napoleons und diente Frankreich auch als Truppenlieferant. Am 6. August 1806 legte Kaiser Franz II. (1768–1835) die Kaiserkrone nieder und erklärte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation für aufgelöst.

Nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft versuchten die europäischen Mächte, die vorrevolutionäre politische Ordnung in Europa so weit als möglich wieder herzustellen und die Herrschaft der Fürsten entsprechend zu festigen. Der Wunsch vieler Bürger nach mehr politischen Rechten und Freiheiten stand dieser restaurativen Ordnung entgegen. Was Deutschland betraf, so wurde 1815 an Stelle des alten Reiches der Deutsche Bund geschaffen, dem auch das Grossherzogtum Baden angehörte. Die Abgeordneten der einzelnen Bundesstaaten bildeten unter österreichischem

Vorsitz das Bundesparlament in Frankfurt am Main. Immer mehr liberal gesinnte Deutsche forderten aber einen deutschen Einheitsstaat. Der Deutsche Bund bekämpfte die demokratisch-republikanischen und nationalistischen Ideen, etwa mit den Karlsbader Beschlüssen von 1819, die eine Pressezensur sowie allgemein eine Verfolgung *demagogischer Umtriebe* anstrebten. Ein bedeutender Schritt in Richtung eines deutschen Nationalstaates war die Errichtung des Deutschen Zollvereins 1834, der die Binnenzölle beseitigte. Baden schloss sich 1835 dem Zollverein an.

1818 gab sich das Grossherzogtum Baden eine neue Verfassung, die ein Zweikammerparlament einführt. In der ersten Kammer sassen die privilegierten Stände (Adel, Kirche, Hochschulen, vom Grossherzog ernannte Persönlichkeiten), in der zweiten die indirekt vom Volk über Wahlmänner gewählten Volksvertreter.⁶ Unter Grossherzog Leopold (regierte von 1830–1852), der 1830 die Regentschaft übernahm, führte das Parlament in Baden einige liberale Reformen durch und hob die bestehende Pressezensur weitgehend auf, die jedoch nach der Wiener Ministerialkonferenz 1834 erneut eingeführt wurde. Die Pressezensur in Baden führte zu den ersten im Fricktal herausgegebenen Zeitungen.⁷ Die Republikaner Fidel und Konrad Hollinger aus Waldshut druckten kurz nach 1840 ein Agitationsblatt im schweizerischen Full und schmuggelten es über den Rhein. Die im Grossherzogtum verbotene Zeitung war kurze Zeit später in Grosslaufenburg beheimatet und erschien unter dem Titel *Der Wächter am Rhein*. Das Blatt vertrat demokratisch-republikanisches Gedankengut und kritisierte die badische Monarchie, wollte

aber auch die fricktalische und aargauische Bevölkerung mit Informationen beliefern. 1843 zog Fidel Hollinger nach Rheinfelden, wo er die *Volks-Zeitung* herausgab. Erfolglos verlangten die badischen Behörden vom Aargau, die von den deutschen Emigranten im Fricktal hergestellten Presseerzeugnisse zu verbieten.

1848 kam es in manchen Staaten Europas zu Aufständen gegen die bestehende politische Ordnung. Die französischen Februarunruhen strahlten auch nach Deutschland aus, wo die Revolution u. a. Preussen, Österreich und Baden erfasste.⁸ Da die badische Regierung im Frühling einen Überfall republikanisch gesinnter deutscher Emigranten aus der Schweiz befürchtete, kam es zu einer stärkeren Bewachung der Brücken und Fähren über den Rhein. Am 13. April verliessen der Republikaner und Demokrat Friedrich Hecker und seine Getreuen Konstanz, um unterwegs möglichst viele Gleichgesinnte für einen Marsch nach Karlsruhe und Mannheim zu mobilisieren. Eine etwa 600 Mann zählende Abteilung unter der Führung von Joseph Weisshaar und Gustav Struve traf am 19. April in Säckingen ein. Bereits am folgenden Tag schlugen badische und hessische Truppen die Freischärler bei Kandern und Steinen. Die Unterlegenen flüchteten daraufhin zu Hunderten bei Säckingen und Rheinfelden in die Schweiz. Mit der Niederlage der so genannten Deutschen Legion unter Georg Herwegh bei Dossenbach am 27. April war der Badische Aufstand endgültig gescheitert, und nochmals brachten sich viele Revolutionäre in der Schweiz in Sicherheit.

Die aargauische Bevölkerung brachte den deutschen Republikanern viel Sympathien entgegen, während die badischen Behörden die

unzureichende Bekämpfung der politischen Aktivitäten der Flüchtlinge – diese konnten in Laufenburg sogar eine Volksversammlung abhalten – durch den Aargau kritisierte. Ein Dorn im Auge der badischen Behörden war die in Rheinfelden von Friedrich Hecker herausgegebene Zeitung *Der Volksfreund*. Rheinfelden wurde damals zu einem *publizistischen Brennpunkt der republikanischen Flüchtlinge*,⁹ die von hier aus ihre Druckerzeugnisse über den Rhein schmuggelten, was auch durch die vom badischen Innenministerium verschärfte Grenzkontrollen nicht unterbunden werden konnte. Im Herbst 1848 spitzte sich die Lage in Südbaden erneut zu, als am 21. September Struve, von Basel herkommend, mit einigen Gesinnungsgenossen das Lörracher Rathaus besetzte und die Deutsche Republik ausrief. Auch vom Fricktal aus überquerten mehrere Gruppen von Struve-Anhängern den Rhein. Drei Tage später scheiterte der Struve-Putsch im Gefecht bei Staufen, und wieder flüchteten viele Freischärler in die Schweiz. Der Deutsche Bund verlangte von der Schweiz, den Flüchtlingen den Aufenthalt in der Grenzregion zu verbieten, und verstärkte die Überwachung des Rheinuferes mit badischen und hessischen Truppen. Am 6. November 1848 trat in der Schweiz die neue liberale Bundesverfassung in Kraft, die den bisherigen Staatenbund in einen Bundesstaat umwandelte. Die Flüchtlingspolitik fiel nun vorwiegend in den Kompetenzbereich des Bundes und nicht mehr der Kantone. Der Bund erkannte in den politischen Umtrieben der deutschen Flüchtlinge eine Gefahr für die Neutralität der Schweiz und somit ein sicherheitspolitisches Risiko. In der Folge wies der Bundesrat Anfang 1849 die Kantone der

Nordschweiz an, den Flüchtlingen den Aufenthalt im Grenzraum zu verbieten, was jedoch die regen Kontakte der deutschen Republikaner im Aargau zu ihren Gesinnungsgenossen auf der anderen Seite des Rheins nicht unterbinden konnte.

1849 brachte der badische Maiaufstand, dem sich auch das Militär anschloss, die Revolutionäre für kurze Zeit an die Macht. Nachdem aber Prinz Wilhelm von Preussen (1797–1888) die Revolutionsarmee bei Waghäusel besiegt hatte, besetzten preussische Truppen das Grossherzogtum. Abermals suchten badische Revolutionäre Schutz in der Schweiz. Dabei kam es am 7. Juli 1849 in Rheinfelden zu einer heiklen Situation, als etwa 1500 bewaffnete Asylsuchende die Grenze überschreiten wollten, worauf die eidgenössischen Truppen, die aufgrund der Ereignisse im Grossherzogtum die Rheingrenze bewachten, verstärkt wurden. Am folgenden Tag durften die Revolutionäre in die Schweiz übertreten, freilich ohne Waffen. Weitere 600 betraten bei Stein eidgenössischen Boden. Das preussische Militär blieb bis 1852 in Baden und kontrollierte auch die Rheinübergänge, wobei die errichteten Schikanen im Grenzverkehr bei der Bevölkerung auf beiden Seiten des Rheins grossen Unmut verursachten.

Bismarcks Reichspolitik und die Wohlgemuthaffaire

Der Deutsche Krieg von 1866 endete mit der Niederlage und dem Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund, was von der Bevölkerung in den ehemals habsburgischen Gebieten Badens bedauert wurde. Es zeichnete sich

ein von Preussen dominiertes Deutschland ab. Rivalitäten zwischen Frankreich und dem erstarkten Deutschland unter Preussens Führung mündeten schliesslich in den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, an dem auch Baden teilnahm. Im Februar 1871 wurde in Versailles das Deutsche Kaiserreich ausgerufen und Preussenkönig Wilhelm III. (1797–1888) zum Kaiser ernannt. Das Grossherzogtum Baden war ebenfalls Teil des Reiches, in dem Reichskanzler Otto von Bismarck eine führende Rolle einnahm.

Die grosszügige Schweizer Asylrechtspraxis für politisch Verfolgte führte immer wieder zu Konflikten mit den Nachbarstaaten. Auch Reichskanzler Bismarck waren die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz ein Dorn im Auge. In den 1880er-Jahren wichen vor allem die von Bismarck bekämpften Sozialisten in die Schweiz aus, von wo aus sie weiterhin die Arbeiterbewegung in ihrer Heimat unterstützten. August Wohlgemuth, ein Polizeiinspektor aus Mülhausen, beobachtete die politische Tätigkeit der in der Region Basel lebenden deutschen Emigranten. 1889 glaubte er, in einem in Basel wohnhaften deutschen Sozialisten eine Person gefunden zu haben, die ihm bereitwillig Informationen über die Genossen der Region Basel verraten würde. Die beiden verabredeten auf den Ostersonntag ein Treffen im Rheinfelder Bahnhofsrestaurant. Dort liess der durch einen Basler Grossrat informierte Rheinfelder Bezirksamtman Emil Baumer den kaiserlichen Polizeiinspektor verhaften. Acht Tage später wurde Wohlgemuth des Landes verwiesen. Für Bismarck war die Aktion des Rheinfelder Bezirksamtmanns eine Demütigung, und es kam zu einer ernsthaften politischen Krise zwi-

schen Deutschland und der Schweiz. Der Reichskanzler verlangte von der Eidgenossenschaft die Überwachung der politischen Tätigkeiten von deutschen Emigranten auf Schweizer Boden. Er drohte gar mit einem Wirtschaftskrieg, verschärfte die Kontrollen beim Grenzverkehr und kündigte den deutschschweizerischen Niederlassungsvertrag von 1876. Die badische Bevölkerung wie auch der Grossherzog zeigten sich allerdings wenig erfreut über die von Bismarck errichteten Schikanen im Grenzverkehr, die die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und ihrer badischen Nachbarschaft störten. Nach der Entlassung des Reichskanzlers 1890 legte sich der Konflikt zwischen den beiden Staaten. Der Bundesrat verschärfte jedoch die Überwachung der politischen Flüchtlinge in der Schweiz und schuf für den Staatsschutz eine Bundesanwaltschaft.¹⁰

Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg und das Aufkommen des Nationalsozialismus

Im Ersten Weltkrieg standen sich einmal mehr Frankreich und Deutschland als Kriegsparteien gegenüber. Am fricktalisch-badischen Rheinabschnitt bewachten an beiden Ufern Soldaten die Rheinübergänge, und beidseits der Brücken wurden Barrikaden errichtet; der Grenzverkehr unterlag starken Einschränkungen.¹¹ Die Deutschschweizer und somit auch die Fricktaler sympathisierten damals mehrheitlich mit Deutschland.

1919 wandelte sich Baden von einer konstitutionellen Monarchie in eine demokratische

Republik. Die ersten Nachkriegsjahre waren eine wirtschaftlich schwierige Zeit, und die Deutschen litten unter einer riesigen Inflation. Die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er-Jahre, die eine hohe Arbeitslosigkeit hervorrief, und der Machtverfall der Weimarer Republik machten grosse Teile der Bevölkerung Deutschlands für das radikale Gedankengut der Nationalsozialisten empfänglich. In Südbaden, wo die katholische Bevölkerung zu einem grossen Teil die konservative Zentrumsparterie wählte, hatte es die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) anfänglich nicht leicht, Fuss zu fassen.

Nach der Einsetzung Adolf Hitlers als Reichskanzler Ende Januar 1933 ernannte Reichsinnenminister Wilhelm Frick am 8. März Gauleiter Robert Wagner zum Reichskommissär für das Polizeiwesen in Baden; damit wurde die badische Regierung praktisch der Reichsgewalt unterstellt. Nur fünf Tage später übernahm Wagner die Regierungsgewalt, nachdem der Staatspräsident zum Rückzug gezwungen worden war. Im April 1933 wurde das badische Parlament aufgelöst und gemäss den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl neu zusammengesetzt, was zu einer absoluten Mehrheit der NSDAP führte. Die Gleichschaltung ging weiter bis hinunter in die kommunalen Parlamente und Exekutiven. Überall wurden unerwünschte Politiker durch regimiefreundliche verdrängt und zudem Gewerkschaften und Parteien verboten.¹²

Ein grosser Propagandaanlass der Nationalsozialisten, der auch die Fricktaler ansprechen sollte, war der erste Alemannentag in Säckingen im August 1933, der rund 4000 Besucher anzog, davon 800 Sturmabteilungsleute (SA)

und 2000 Angehörige der Hitlerjugend. Anwesend war auch Reichsstatthalter Wagner. Das Interesse der Fricktaler an diesem Alemannentag war allerdings dürftig.¹³

In der Schweiz fanden der Nationalsozialismus und der Faschismus in der so genannten Frontenbewegung ihre Bewunderer. Die Fröntler forderten eine autoritäre Regierung sowie den Abbau von Volks- und Freiheitsrechten und warnten vor einer Verjudung des Landes. Auch im Aargau machte sich in den 1930er-Jahren derartige Gedankengut breit, und der in Zurich erscheinene Eiserne Besen, die Zeitung der Nationalen Front, meldete im Juni 1933: *Unsere Sache wächst im Fricktal erfreulich*. Allerdings wurde das Fricktal keine Hochburg der Frontenbewegung, und bei den Grossratswahlen von 1937 kandidierte die Nationale Front weder im Bezirk Rheinfelden noch im Bezirk Laufenburg.¹⁴ Je länger in Deutschland Hitler an der Macht war, umso mehr empfanden die Schweizer die nationalsozialistische Politik und Ideologie als Bedrohung, folglich verlor auch die Frontenbewegung an Boden. Hingegen taten sich nach den militärischen Erfolgen Hitlers die Anpasser hervor, die einer unterwürfigen Haltung der Schweiz gegenüber Deutschland das Wort redeten.¹⁵

Die Grenzbesetzung während des Zweiten Weltkriegs

Noch vor Kriegsausbruch rückten am 29. August 1939 die Angehörigen der Schweizer Grenzbrigaden – und somit auch viele Fricktaler – ein. Im unteren Fricktal war die Grenzbrigade 4, im oberen die Grenzbrigade 5 sta-

Abb. 1: Das Kriegerdenkmal auf dem Oftringer Felsen bei Laufenburg, erinnert an die Opfer beider Weltkriege in Laufenburg DE. (Bild: Angelika Arzner, Laufenburg DE)



tioniert. Einen Tag nach dem deutschen Überfall auf Polen mobilisierte am 2. September die gesamte Armee. Der schon einige Jahre zuvor begonnene Bau von Befestigungsanlagen wurde intensiviert und die Zerstörung wichtiger Verkehrswege vorbereitet.

Bedrohlich erschien die Lage am Hochrhein während des Frankreichfeldzuges. Am 10. Mai 1940 schloss Deutschland die Rheinübergänge, am selben Tag begann der Westfeldzug. Die Furcht vor einem deutschen Überfall war im Gebiet der Nord- und Nordwestschweiz besonders gross. Tatsächlich meldeten die Geheimdienste Truppenansammlungen im

Schwarzwald. Diese zum Teil vorgetäuschten Verbände dienten allerdings lediglich dazu, französische Truppen nordwestlich der Schweiz zu binden, um so die Verschiebung dieser Einheiten an die Kriegsfront im Norden zu verhindern – ein schlussendlich erfolgreiches Täuschungsmanöver.¹⁶

Für die Schweiz bedrohlicher war die Lage von Ende Juni bis zum Jahresende 1940. Nachdem im Westfeldzug den deutschen Truppen die vollständige Isolierung des Landes von Frankreich misslungen war, liess Hitler Pläne für eine Besetzung der Schweiz ausarbeiten. Die Angriffsszenarien sahen einen

Einmarsch der deutschen Truppen in die Schweiz entlang der Grenze vom Bodensee bis hinunter nach Genf vor, wobei der Hauptstoss vom besetzten Frankreich aus erfolgt wäre. Ein Planentwurf vom 12. August 1940 schlug auch deutsche Angriffe bei Rheinfelden, Wallbach und Albbruck vor. Da Hitler jedoch andere militärische Prioritäten setzte, kam es zu einem allmählichen Abzug von nahe der Schweiz stationierten deutschen Kampfverbänden und somit zu einer nachlassenden Bedrohung für das Land.¹⁷

Nach dem Westfeldzug sah sich die an Waffen und Munition mangelhaft ausgerüstete Schweizer Armee ausser Stande, die lange Landesgrenze zu den Achsenmächten nachhaltig zu verteidigen, weshalb sich das Gros der Armee schrittweise in die Alpen, ins so genannte Reduit, zurückzog. Den Grenzbrigaden oblag hingegen weiterhin der Grenzschutz; sie hatten im Ernstfall die Mobilisation der Truppen im Hinterland zu decken.

Mit dem Vorrücken der Alliierten in Mitteleuropa verliess das Gros der Schweizer Armee das Reduit und bezog wieder grenznahe Positionen, um drohenden Grenzverletzungen vorzubeugen. Alliierte Bomber flogen damals auch über unsere Region und es kam zu einigen Bombenabwürfen. Anfang Januar 1945 fielen Bomben auf Säckingen, ohne grossen Schaden anzurichten. Schwere traf es im folgenden Monat Albbruck. Der Angriff galt hier offenbar der Eisenbahnbrücke über die Alb, getroffen wurde aber das Hotel Albtal und mehrere Wohnhäuser, wobei 32 Menschen getötet wurden. Im April 1945 rückten französische Truppen am deutschen Hochrheinufer entlang in Richtung Osten; sie erreichten Waldshut am

25. April. Besonnene Ortskommandanten verhinderten meist, dass den Alliierten Widerstand entgegengesetzt und so sinnlos Blut vergossen wurde. Dennoch gab es vereinzelte Schiessereien, so in Hauenstein und bei Albbruck. Gefährlich wurde die Lage für die Rheinkraftwerke, gab es doch Befehle, diese beim Herannahen der Alliierten zu sprengen. In den Werken Laufenburg und Rekingen konnte das Betriebspersonal zusammen mit Schweizer Militärpersonen die Gefahr bannen.¹⁸

Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland stellte einen tiefen Einschnitt im bislang gutnachbarlichen Einvernehmen zwischen den Fricktalern und den Badenern dar. Die Fricktaler fühlten sich im Zweiten Weltkrieg von Deutschland bedroht, was in grossen Teilen der Bevölkerung zu einer deutlichen Abneigung gegenüber den Deutschen führte. Nach dem Krieg wurden die Kontakte über den Rhein hinweg schrittweise wieder aufgebaut. So kam es bald nach Kriegsende im Fricktal zu Lebensmittelsammlungen zugunsten der Not leidenden Bevölkerung auf der nun von den Franzosen besetzten rechten Rheinseite, und 1946 überquerten zum ersten Mal seit Jahren wieder viele Fricktaler am Fridolinsfest die Säckinger Brücke.

Die Hochrheinkommission

Die moderne Welt rückt immer näher zusammen, die internationalen Verflechtungen werden immer dichter. Dies gilt auch für unsere Grenzregion. Wirtschaftliche, verkehrstechnische sowie ökologische Interessen und Probleme erfordern heute eine vermehrte grenzüber-

schreitende Zusammenarbeit. In diese Richtung zielt auch das so genannte Strukturmodell Hoahrhein, in dem der baden-württembergische Regionalverband Hoahrhein-Bodensee und das Baudepartement des Kantons Aargau gemeinsam grenzüberschreitende Leitvorstellungen für eine nachhaltige Entwicklung am Hoahrhein erarbeitet haben. Die Grundidee war, dass durch eine bessere Zusammenarbeit über den Rhein hinweg u. a. in ökonomischen und ökologischen Bereichen die Grenzgebiete ihre Entwicklungschancen verbessern können. Das Projekt wurde auch von der EU im Rahmen der INTERREG-Initiative unterstützt. Ausgearbeitet wurde das Strukturmodell zwischen 1993 und 1996, wobei der Projektraum ein etwa zehn Kilometer breiter Streifen beid-

seits des Rheins von Wehr DE/Wallbach CH bis Lauchringen DE/Zurzach CH umfasste. Ein Ergebnis des Strukturmodells ist die 1997 gegründete Hoahrheinkommission, ein politisches Forum zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Es setzt sich zusammen aus dem Land Baden-Württemberg und dem Kanton Aargau, den beiden Landkreisen Waldshut und Lörrach, dem Regionalverband Hoahrhein-Bodensee, den Regionalplanungsverbänden Unteres Fricktal, Oberes Fricktal und Region Zurzach, zahlreichen Gemeinden des Grenzraums sowie der Industrie- und Handelskammer Hoahrhein-Bodensee. Ein Mitglied der Aargauer Regierung und der Landrat des Landkreises Waldshut führen abwechselnd das Präsidium.¹⁹

Anmerkungen

- ¹ HALDER, NOLD: Geschichte des Kantons Aargau 1803–1953. Bd. 1. – Aarau 1953, S. 94, S. 275.
- ² ERDIN, EMIL A.: Gansingen trotz Napoleon. – In: Vom Jura zum Schwarzwald 59 (1985), S. 83–92. – HALDER (wie Anm. 1), S. 188–190.
- ³ HALDER (wie Anm. 1), S. 194–196. – METZ, RUDOLF: Geologische Landeskunde des Hotzenwalds. – Lahr 1980, S. 333 f.
- ⁴ BRUGGER, A.: Stellung des Fricktals zum Freiämtersturm von 1830. – In: Vom Jura zum Schwarzwald 6 (1931), S. 1–21.
- ⁵ METZ (wie Anm. 3), S. 333.
- ⁶ SCHWÄBEL, XAVER: Der Dichter Georg Herwegh mit der «Deutschen Demokratischen Legion» im Revolutionsjahr 1848 in Baden. – In: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg 7 (1997), S. 169 f.
- ⁷ Zur damaligen Presse im Fricktal vgl. MÜLLER, ANDREAS: Geschichte der politischen Presse im Aargau. Das 19. Jahrhundert. – Aarau 1998 (= Beiträge zur Aargaugeschichte Bd. 9), S. 316 f., S. 405–417.
- ⁸ Zur Badischen Revolution vgl. MÜLLER, PETER CH.: An der Schweizer Grenze 1848/49. Flüchtlinge und Grenzübergänge zwischen dem Amtsbezirk Säkingen und dem Kanton Aargau. – In: Vom Jura zum Schwarzwald 72 (1998), S. 23–33. – SCHWÄBEL (wie Anm. 6), S. 163–188.
- ⁹ MÜLLER (wie Anm. 7), S. 409.
- ¹⁰ MÜLLER, ALBIN: Aus der Geschichte der Fricktalisch-Badischen Vereinigung für Heimatkunde. – In: Vom Jura zum Schwarzwald 49 (1975), S. 24. – LÜÖND, KARL: Spionage und Landesverrat in der Schweiz. Bd. 1. – Zürich 1977, S. 24–30.
- ¹¹ Vgl. dazu auch GERTEIS, EGON: Laufenburg in schweren Zeiten. – In: 2000 Jahre Region Laufenburg. Ein Gang durch die Geschichte. Ausstellungsschrift des Museumsvereins Laufenburg. – Laufenburg 1999, S. 62 f.
- ¹² BOSCH, MANFRED: Als die Freiheit unterging. Eine Dokumentation über Verweigerung, Widerstand und Verfolgung im Dritten Reich in Südbaden. – Konstanz: 1985, S. 9–15, S. 41–46. Zum Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg vgl. auch Streiflichter auf düstere Zeiten. Zum Kriegsausbruch vor fünfzig Jahren. Hrsg. von der Fricktalisch-Badischen Vereinigung für Heimatkunde. – In: Vom Jura zum Schwarzwald 63 (1989). – GERTEIS (wie Anm. 11), S. 63–75.
- ¹³ RÄBER, STEFAN: Die Fricktaler und der Nationalsozialismus. – In: Vom Jura zum Schwarzwald 63 (1989), S. 22 f.
- ¹⁴ SEILER, CHRISTOPH; STEIGMEIER, ANDREAS: Geschichte des Aargaus. Illustrierter Überblick von der Urzeit bis zur Gegenwart. 2. Aufl. – Aarau 1998, S. 163–165.
- ¹⁵ GAUTSCHI, WILLI: Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953. – Baden 1978, S. 317.
- ¹⁶ HELLER, DANIEL: Mai 1940: Tatsächliche Bedrohung. – In: Vom Jura zum Schwarzwald. 63 (1989), S. 83–88.
- ¹⁷ URNER, KLAUS: «Die Schweiz muss noch geschluckt werden!» Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. – Zürich 1990, S. 13–84.
- ¹⁸ RÄBER, STEFAN: Kriegsende am Rhein. – In: Vom Jura zum Schwarzwald 63 (1989), S. 123–133.
- ¹⁹ Das Strukturmodell Hochrhein – Die gemeinsame Zukunft. Hrsg. vom Regionalverband Hochrhein-Bodensee und dem Baudepartement des Kantons Aargau. – Aarau/Waldshut-Tiengen 1996. Kurzinformationen zur Hochrheinkommission. Hrsg. von der Hochrheinkommission. – o. O. Juli 2000.